

Germanwatch unterstützt gemeinsam mit Fridays for Future Klimaklage portugiesischer Kinder und Jugendlicher vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

geschrieben von Andreas | 22. Februar 2021



Gemeinsame Pressemitteilung Germanwatch / Fridays for Future Deutschland

- **Klimaklage vor Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte richtet sich gegen 33 Staaten – darunter auch Deutschland**
- **Sechs Kinder und Jugendliche aus Portugal fordern stärkere Reduzierung von Emissionen, um ihre Menschenrechte zu schützen**
- **Im Rahmen der nun beantragten Intervention von Germanwatch und FFF sollen zusätzliche Expertise und Argumente in das Verfahren eingebracht werden**

Berlin (22. Feb. 2021). Germanwatch hat gemeinsam mit Fridays for Future Deutschland (FFF) heute einen Antrag beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gestellt, um einer Klimaklage von sechs portugiesischen Kindern und Jugendlichen als Streithelfer beizutreten. Sie unterstützen damit offiziell das Anliegen der jungen Klägerinnen und

Kläger. Die Klage richtet sich gegen alle 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie Großbritannien, die Schweiz, Norwegen, Russland, die Türkei und die Ukraine als weitere große europäische Emittenten. Diese Staaten verletzen nach Ansicht der klagenden Jugendlichen ihre Menschenrechte, da sie ihre Treibhausgase nicht ausreichend reduzieren, um die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Sie berufen sich dabei auf die Europäische Menschenrechtskonvention, die nach ihrer Interpretation die europäischen Regierungen zu einer Reduktion von Treibhausgasen innerhalb ihrer Grenzen sowie zu einer Verantwortungsübernahme für die Emissionen, die im Ausland freigesetzt werden, verpflichtet.

In den vergangenen Jahren hat Portugal als Folge der Klimakrise starke Hitzewellen und dadurch beförderte Waldbrände erlebt. Ein Risiko, das sich im Laufe des Lebens der noch jungen Klägerinnen und Kläger weiter vergrößern wird.

Durch die Intervention möchten Germanwatch und FFF durch zusätzliche Argumente die Kläger und Klägerinnen in dem Verfahren gegen die Versäumnisse der beklagten Staaten beim Klimaschutz stärken. Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch: „Wir möchten in unserer Rolle als Streithelfer die Notwendigkeit und Machbarkeit ambitionierter Emissionsreduktionen verdeutlichen – insbesondere auch in Deutschland. Diese Argumente werden auch in der von Germanwatch und anderen Organisationen unterstützten Verfassungsbeschwerde gegen das unzureichende deutsche Klimaschutzgesetz der neun Kinder und Jugendlichen vor dem Bundesverfassungsgericht angeführt. Deutschland muss seinen Anteil leisten und Emissionen ausreichend und wirkungsvoll reduzieren, um Grundrechte und Freiheiten der heute jungen Menschen und nächsten Generationen zu schützen.“

Maximilian Herzog, Aktivist bei FFF: „Den Kampf gegen die Klimakrise führen wir als Jugend nicht nur auf den Straßen, sondern auch vor Gerichten. Wir solidarisieren uns mit unseren Mitstreiter*innen aus Portugal, die deutlich machen, dass 33

Länder mit ihrer Klimapolitik schon heute fundamentale Menschenrechte verletzen. Diese Klage bietet eine historische Möglichkeit, Deutschland endlich zu konsequentem Klimaschutz zu verpflichten, wofür bereits 2019 über 1,4 Millionen Menschen in Deutschland demonstriert haben. Gemeinsam mit Germanwatch und führenden Wissenschaftler*innen möchten wir unseren Beitrag zum Erfolg dieser historischen Klage leisten.“

Die Klage der Portugiesen wurde im September vergangenen Jahres beim EGMR eingereicht. Anstatt vor nationale Gerichte zu ziehen, wählten sie aufgrund der Dringlichkeit der Klimakrise den direkten Weg nach Straßburg und hatten bislang Erfolg: das Gericht nahm sich der Klage in einem Schnellverfahren an und forderte die beklagten Staaten im November zur Stellungnahme auf. Ein Urteil des EGMR wäre für alle beklagten Staaten rechtsverbindlich und würde die europäischen Regierungen zur ambitionierteren Eindämmung der Klimakrise verpflichten.

Neben Germanwatch und FFF Deutschland haben auch Organisationen und Jugendgruppen in weiteren europäischen Ländern Anträge auf Streithilfe eingereicht, um die Kinder und Jugendlichen aus Portugal in ihrer Klage zu unterstützen. Eine Antwort des Gerichts, ob den Anträgen stattgegeben wird, wird es vermutlich im März geben.

Kontakte für Medien:

Stefan Küper

Pressesprecher Germanwatch

presse@germanwatch.org, 0151 252 110 72

Caroline Schroeder

Referentin für Klimaklage-Kommunikation, Germanwatch

schroeder@germanwatch.org, 0160 980 42 898

Presse-Team, Fridays for Future

Presseteam@fridaysforfuture.de

0431 5357 983

Hinweis: Falls Sie keine PM von Germanwatch mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine kurze Abmeldung an u.a. mail-Adresse.

—

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

+++ Wegen der allg. Corona-Schutzmaßnahmen derzeit im Homeoffice per Handy erreichbar +++

mobil: 0151 / 252 110 72

E-Mail: kueper@germanwatch.org

www.germanwatch.org

Zurück zur Natur – in den eigenen vier Wänden

geschrieben von service | 22. Februar 2021



Das junge Unternehmen greenYou ermöglicht mit modernen Indoor-Gardening-Systemen die ganzjährige Aufzucht von Kräutern und

Bio-Gemüse – unabhängig vom Standort und nahezu autark.

Man muss kein Gourmet sein, um den Unterschied zu schmecken. Frische Kräuter und Gemüse aus eigenem Anbau bieten ein Geschmacksspektrum, an das industriell gezüchtete Sorten niemals heranreichen können.



Sei es der Rucolasalat aus eigenem Anbau, die Caprese mit Tomate-Mozzarella und eigenem Basilikum oder auch ein richtig guter Caipirinha mit frisch gepflückter Minze: In der heimischen Küche oder im professionellen Restaurant sind

frische Kräuter essentiell.

Auch im Zuge der steigenden Nachfrage nach Bio-Produkten gewinnt die eigene Aufzucht von naturbelassenen Kräutern, die mit keinerlei Pestizide oder Chemie in Kontakt kamen, immer mehr an Bedeutung. Die Vorteile dabei sind klar: sie sind bei Bedarf schnell zur Hand und man spart sich das langwierige Waschen, welches sich auch wieder negativ auf den Geschmack auswirkt.

Mit diesen Beweggründen hat sich das junge Start-up Unternehmen greenYou vor einiger Zeit daran gemacht, aus dieser Idee professionelle Lösungen für die heimische Aufzucht von Kräutern und Gemüse zu entwickeln. Heraus gekommen sind Indoor-Gardening-Systeme, mit denen man ganz einfach sein eigenes Bio-Grünzeugs züchten kann. Selbst in der kleinen Stadtwohnung, unabhängig ob man einen perfekten sonnigen Standort oder den sogenannten grünen Daumen hat. Was man lediglich braucht, ist weniger als ein Viertel-Quadratmeter Platz.

Denn die Indoor-Gardening-Systeme von greenYou machen es einem wirklich leicht: durch automatische Bewässerung spart man sich einerseits das regelmäßige Gießen und dank der regulierbaren Beleuchtung durch ausgeklügelte LED-



Technik mit der eigens entwickelten Sunlight-LED Technologie herrschen stets optimale Lichtverhältnisse. Die nachhaltige Herstellung aus recycelten Materialien verschafft einem zudem ein gutes Gewissen, was die Umwelt angeht. Diesbezüglich setzt das Unternehmen greenYou ganz auf Qualität Made in Germany mit lokalen Zulieferern. Nicht nur wegen den hohen Qualitätsanforderungen sondern auch wegen der eines unnötigen Carbon-Footprint.

Der Bio-Gedanke zieht sich natürlich bis zu den Hauptkomponenten durch: das ökologisch erzeugte Saatgut, welches bei den Systemen mitgeliefert wird und das man sich bei Bestellung beliebig zusammenstellen kann, ist gentechnisch absolut unbelastet und nicht beeinträchtigt durch chemische Dünger und chemische Schädlingsbekämpfung (Insektizide, Herbizide). Da die Produktion des Saatgutes ausschließlich in Europa erfolgt, sind die Sorten sehr gut an hiesige Verhältnisse angepasst. Bei der Erde vermeidet man nach Möglichkeit auf den Zusatz von Torf und achtet auf einen ausgewogenen pH-Wert, um eine schnelle Keimung und gute Pflanzenentwicklung zu ermöglichen.



Auch auf die ästhetischen Aspekte legen die Macher von greenYou großen Wert: die stylischen Indoor-Gardening-Systeme passen hervorragend in die moderne Küche, eignen sich gut als grüner Blickfang im Wohnbereich oder ergeben beim

Einsatz von mehreren Systemen, die übereinander gestapelt werden können, einen organischen Raumtrenner.

Aber was im Endeffekt den entscheidenden Ausschlag gibt und den Unterschied ausmacht, ist der Geschmack und die Gewissheit, natürliche Erzeugnisse zu sich zu nehmen. Zum Beispiel lernen Kinder somit gleich den natürlichen intensiven Geschmack von Kräutern kennen und der Geschmackssinn wird dadurch besser ausgebildet.

Sogar Besitzer eines Gartens profitieren vom Einsatz der Indoor-Gardening-Systeme: bevor im Frühjahr die Natur draußen wieder erwacht, kann man innen bereits erste Zöglinge züchten, die man dann zu gegebener Zeit aussetzen kann. Dank der optimalen Aufzucht sind diese resistenter und optimal gewappnet gegen Umwelteinflüsse und Schädlinge und kommen ohne den Einsatz von Dünger aus.

Ein Leben mit und von der Natur. Ein Motto und eine Bewegung, die vielerorts an Zulauf gewinnt und industriell produzierte Erzeugnisse nach Möglichkeit vermeidet. Das Ergebnis: mehr Lebensqualität und das gute Gewissen, das Richtige zu tun.

Weitere Infomationen unter www.green-you.de

Über greenYou:

greenYou ist Hersteller von modernen und hochqualitativen Indoor-Gardening-Systemen und steht für ein modernes, innovatives und nachhaltig strukturiertes Unternehmenskonzept,

welches ermöglicht, Qualität und Umweltbewusstsein zu vereinen. Durch die enge Zusammenarbeit mit verantwortungsbewussten Herstellern und Partnern werden nicht nur Transportkosten, sondern auch CO²-Emissionen verringert. Beim Produktsortiment wird sehr auf hochwertige, recyclebare Materialien geachtet – einhergehend mit einem Höchstmaß an Innovations- und Designansprüchen.

Alle Markenzeichen und Bildrechte sind Eigentum der greenYou GmbH.

Text ist zum Abdruck freigeben durch die greenYou GmbH.

Belegexemplare und Nachweise für den Abdruck bitte per Post oder Email an: GreenYou GmbH – Piemontweg 2 – 71277 Rutesheim

Email: service@green-you.de

Bilder: www.green-you.de/presse.html

Nichtregierungsorganisationen gewinnen vor Gericht gegen den französischen Staat

geschrieben von Andreas | 22. Februar 2021



Oxfam-Klimaexperte: Wichtiges Signal auch für andere Regierungen, den Klimaschutz nicht länger schleifen zu lassen

Globaler Klima-Risiko-Index: 2019 geht als Jahr verheerender Wirbelstürme in die Geschichte ein

geschrieben von Andreas | 22. Februar 2021



Mosambik, Simbabwe und die Bahamas nach katastrophalen Stürmen und Überflutungen an der Spitze des Index für 2019 / Puerto Rico, Myanmar und Haiti mit den größten wetterbedingten Verlusten im Langfrist-Index 2000 – 2019

ecogift – Eine nachhaltige Geschenkbox

geschrieben von Daniel | 22. Februar 2021

Jedes Jahr in der Vorweihnachtszeit besteht für viele wieder das gleiche Problem: was schenke ich meinen Liebsten nur dieses Jahr wieder? Unter dem Weihnachtsbaum kommt dann für die Beschenkten oft die böse Überraschung, ein Geschenk, welches man so nicht erwartet hatte und eigentlich auch gar nicht haben will. Egal ob ein Haustier, Kleidung oder Elektronik. Das Geschenk landet entweder ungenutzt im Schrank oder geht wie über 20 Millionen andere Artikel in die Retoure und belastet somit die Umwelt, bei einem Haustier ist das Ausmaß natürlich noch schlimmer. Gleichzeitig will man aber auch nicht jedes Jahr einen unpersönlichen Gutschein oder Bargeld verschenken, schließlich sollte ja doch noch ein Päckchen unter dem Baum liegen, oder?

Genau aus diesem Grund hat das StartUp [ecogift](#) seine Geschenkboxen ins Leben gerufen!

ecogifts sind Geschenkboxen, welche gefüllt sind mit nachhaltigen und innovativen Produkten von StartUps, das verschafft der Box eine ganz persönliche Note. Gleichzeitig sind alle Produkte Konsumprodukte und landen somit garantiert nicht im Schrank, schließlich ist es doch viel zu spannend die ganzen neuen Dinge mal zu testen! Jedes ecogift schafft einen großen Mehrwert für die vielen StartUps sowie die Umwelt. Mit einem ecogift, so die Gründer verschenkt man nicht irgendeine Geschenkbox, sondern eine Geschichte und Sinnhaftigkeit.

Jedes ecogift pflanzt mindestens einen Baum. Außerdem werden die Boxen mit viel Liebe von den Gründern handverpackt und

versendet, wer will kann seine eigene Nachricht an seine Liebsten noch in die Box packen lassen.

Das StartUp plant nun bis Weihnachten über 200 [Geschenkbboxen](#) auszuliefern und hofft, dass viele Menschen sich dieses Jahr für ein Sinnhaftes und nachhaltiges Geschenk entscheiden.

Wenn du also noch kein Weihnachtsgeschenk hast dieses Jahr und die Situation kennst bzw. einfach mal wieder keine Zeit hast ein Geschenk herauszusuchen, dann schau doch einfach mal bei der [Kampagne von ecogift](#) vorbei und unterstütze das Projekt durch deinen Kauf.

ecogift ist ein junges StartUp gegründet von zwei Studenten aus Göppingen im Süden Deutschlands. Die zwei haben bereits ein weiteres StartUp, einen nachhaltigen online Marktplatz. Durch diesen sind sie zu den ganzen StartUps und deren tolle Produkte gekommen. Die Boxen werden von den beiden persönlich in der eigenen Garage verpackt und hergerichtet. Sie setzten sich für StartUps und die Nachhaltigkeit im Besonderen ein!

Neue RESET-Publikation: Künstliche Intelligenz im Umwelt- und Klimaschutz – Chancen, Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

geschrieben von RESET.org | 22. Februar 2021



Berlin, 23.09.2020. Die Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz sind in voller Fahrt. Aber bieten die intelligenten Computerprogramme auch Lösungen für drängende Herausforderungen im Umwelt- und Klimaschutz? Antworten darauf gibt die neuste Publikation von RESET.org „Greenbook(1): Künstliche Intelligenz – Können wir mit Rechenleistung unseren Planeten retten?“.

KI-basierte Technologien haben schon längst ihren Platz in unserem Alltag, in Unternehmen und in der Industrie. Auch im Umwelt- und Klimaschutz ist das Spektrum möglicher Einsatzgebiete groß, wie die gerade veröffentlichte Publikation zeigt. „Gleichzeitig haben wir festgestellt, dass Startups, Unternehmen und Forschungsinstitute, die KI-Anwendungen für den Umwelt- und Klimaschutz entwickeln, (noch) eine Ausnahme sind,“ berichtet Sarah-Indra Jungblut, Redaktionsleitung von RESET.org. Dazu kommt, dass in der gesellschaftlichen Debatte um KI sozial-ethische Aspekte im Vordergrund stehen, ökologisch-nachhaltige Effekte hingegen noch immer viel zu wenig thematisiert werden. „Dass KI-basierte Anwendungen einen positiven Beitrag beim Umwelt- und Klimaschutz leisten, ist kein Selbstläufer und es gilt, hierfür die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen. Mit unserer Publikation möchten wir einen Beitrag leisten, um diese Lücke zu schließen und Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes stärker in die politisch-öffentliche Debatte um KI einbringen,“ so Jungblut.

Eine Implementierung und Umsetzung verschiedener Maßnahmen, um den ökologischen Fußabdruck beim maschinellen Lernen und anderen Teilgebieten von KI klein zu halten, sind daher

unerlässlich:

- Der Einsatz möglichst **effizienter Algorithmen und Hardware,,**
- die Wahl von Cloud-Anbietern und Rechenzentren, die **grüne Energie** nutzen und
- die Prüfung der **Verhältnismäßigkeit**, also eine genaue Betrachtung, ob der Energieaufwand in der Entwicklung im Verhältnis zu den Einsparungen von Energie und/ oder Ressourcen in der Nutzung steht.
- Aus Nachhaltigkeitsperspektive ist zudem ein **souveräner Umgang** mit KI-basierten Systemen wichtig, der **gesellschaftlichen Dialog und Mitbestimmung** fördert sowie
- ein **am Gemeinwohl orientierter Einsatz** von KI-Systemen,
- der auf **Transparenz und Datenschutz** ausgerichtet ist .

„Doch die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen sollten nicht nur der Eigenverantwortung von Entwickler*innen oder Unternehmen überlassen werden. Um die Entwicklung von KI voranzutreiben, die Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes berücksichtigt, sind entsprechende Rahmenbedingungen in der Politik und eine Förderlandschaft, die die Entwicklung nachhaltiger KI vorantreibt, unerlässlich“, betont Lydia Skrabania, Mitautorin der Publikation. „Und natürlich werden KI-Anwendungen umso nachhaltiger, je nachhaltiger die gesamte digitale Infrastruktur aufgestellt ist.“ Die Autor*innen fordern daher ein mutiges und konsequentes Handeln von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um die Chancen der Digitalisierung und damit auch von KI-basierten Anwendungen für eine nachhaltige Entwicklung bestmöglich zu nutzen und gleichzeitig die negativen Auswirkungen zu begrenzen. „Auch wenn Aspekte der Nachhaltigkeit bei der Digitalisierung im Allgemeinen, aber auch in Bezug auf KI-basierte Technologien im Speziellen, in den letzten Monaten auf politischer Ebene, allen voran in der Digitalagenda des BMU und auf EU-Ebene in einem White Paper zunehmend Erwähnung finden, bleibt noch viel zu tun, um den

Einsatz von KI ökologisch und sozial aufzustellen,“ so die RESET-Gründerin Uta Mühleis.

[RESET Greenbook \(1\): Künstliche Intelligenz – Können wir mit Rechenleistung unseren Planeten retten?](#)

Das Greenbook(1) ist ein Reader für alle, die mehr darüber erfahren wollen, wie KI-Anwendungen schon jetzt im Umwelt- und Klimaschutz eingesetzt werden, worin besondere Chancen, aber auch Risiken in Bezug auf ökologische und soziale Aspekte bestehen, und wie zukünftige KI-Entwicklungen mit einem echten Mehrwert für Umwelt und Klima gestaltet werden können.

Das Greenbook(1) ist die erste Publikation der von der [Deutschen Bundesstiftung Umwelt \(DBU\)](#) geförderten Reihe „Chancen und Potenziale der Digitalisierung für eine nachhaltige Entwicklung“ und steht zum kostenfreien Download zur Verfügung.

In einem Policy Brief werden die wichtigsten Rahmenbedingungen und Handlungsempfehlungen zusammengefasst: Zum [Policy Brief](#)

**Neuer Élysée-Vertrag:
Neustart für französisch-
deutschen Motor auch im
Klimaschutz – Germanwatch
fordert Aufbau einer**

französisch-deutschen „Entente Climatique“

geschrieben von Andreas | 22. Februar 2021

Pressemitteilung Germanwatch

Berlin/Bonn (22. Jan. 2018). Die Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch begrüßt die heutige Resolution von Bundestag und französischer Nationalversammlung für einen neuen Élysée-Vertrag als wegweisenden Aufruf an beide Regierungen, auch die klimapolitische Zusammenarbeit bilateral und auf EU-Ebene voranzubringen. „Diese Resolution enthält wichtige Forderungen an die Regierungen, damit beide Länder das Erreichen ihrer und der europäischen Klimaziele anschieben können“, kommentiert Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch.

„Aus dieser Vorlage der Parlamentarier sollten Paris und Berlin im neuen Élysée-Vertrag eine Klima- und Energiewendepartnerschaft, eine Entente Climatique, entwickeln. Zentral dafür sind ein gemeinsamer CO₂-Mindestpreis und eine abgestimmte Modernisierung der Energie- und Umweltafgaben. Ein neuer Vertrag, der diese Zukunftsaufgaben in den Mittelpunkt stellt, würde auch die Handlungsfähigkeit der EU oder zumindest der Vorreiterstaaten in der EU stärken. Bisher tun weder Deutschland noch die EU genug, um die Ziele des Pariser Klimavertrags zu erreichen“, so Bals. Beide Parlamente fordern ihre Regierungen im Klimapolitik-Kapitel auf, „gemeinsame Initiativen insbesondere zum CO₂-Preis vorzuschlagen“.

Wichtig sind für einen neuen Élysée-Vertrag aus Germanwatch-Sicht neben einer CO₂-Preis-Initiative u.a. folgende Punkte:

- Grenzüberschreitende Infrastrukturinvestitionen sollten sich auf Bahntrassen, Infrastruktur für Elektromobilität und Fahrradwege konzentrieren. Beide Länder sollten unbedingt eine

intensive Zusammenarbeit beim Wiederaufbau eines europäischen Nachtzugnetzes vereinbaren. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit beim öffentlichen Personennahverkehr, auch zwischen Kommunen in beiden Ländern.

- Für Unternehmen sollten bilateral und auf EU-Ebene gemeinsame verbindliche Standards bei den Berichts- und Sorgfaltspflichten zu Menschenrechten und den Pariser Klimazielen entwickelt werden. Frankreich ist hier deutlich weiter als Deutschland.

- Eine gemeinsame Initiative gegen den Niedergang der ländlichen Räume sollte auch eine klima- und umweltfreundliche Landwirtschaft mit besseren Einkommen für die Bauern voranbringen.

- Frankreich und Deutschland sollten ihre gemeinsame und die EU-Klimaaußenpolitik zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens stärken. Ein wichtiger Bestandteil davon sollte eine Initiative für eine an den Paris-Zielen orientierte Energie- und Klimazusammenarbeit mit den Ländern der Mittelmeerregion und Osteuropas sowie Zentralasiens sein – möglichst auch auf EU-Ebene. Mit China sollte auf eine Dekarbonisierung der Seidenstraßen-Investitionen hingearbeitet werden.

„Diese Punkte müssten sich aber auch im neuen deutschen Koalitionsvertrag widerspiegeln“, betont Christoph Bals. „Sonst degradiert die nächste Koalition die Élysée-Resolution der Parlamente zu einer Art Sonntagsrede.“

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher Germanwatch

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Lehren aus Verfehlen des Klimaschutzziels 2020: Koalitionsvertrag mit konkreten Instrumenten

geschrieben von Andreas | 22. Februar 2021
Pressemitteilung Germanwatch

Germanwatch fordert fundiertes Maßnahmenpaket zum Erreichen des 2030-Ziels, Klimaschutzgesetz, Enddatum für den Kohleausstieg und CO2-Mindestpreis

Berlin/Bonn (9. Jan. 2018). Ein Sofortprogramm für die deutsche Klimapolitik bis 2020 und die notwendigen Instrumente zum Erreichen des Klimaziels für 2030 fordert die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch für den Koalitionsvertrag. „Wer sich ehrlich machen will, kann nicht die nächste Mogelpackung ankündigen“, kommentiert Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. „Die jüngsten drei Bundesregierungen haben es immer wieder abgelehnt, ausreichende Instrumente für das Erreichen der angekündigten Klimaziele zu verabschieden. Gleichzeitig haben sie das Ziel immer wieder beschworen. Sowohl Angela Merkel als auch Martin Schulz hatten noch in den vergangenen Wochen versprochen, alles dafür zu tun, dass das 40-Prozent-Reduktionsziel für 2020 noch erreicht wird. In jedem Paket,

auf dem Ziele drauf stehen, müssen auch Instrumente drinnen sein.“

Bals ergänzt: „Mit den notwendigen Instrumenten lassen sich das Klimaziel für 2020 wenigstens annähernd und die international zugesagten mindestens 55 Prozent Emissionssenkung bis 2030 auch tatsächlich erreichen.“

Das noch vorläufige Papier der Sondierer enthält nach Germanwatch-Einschätzung einige gute Ansätze in dieser Hinsicht. Dazu gehöre, dass es endlich ein Gesetz geben soll, damit die Einhaltung des Klimaschutzziels für 2030 von mindestens 55 Prozent Emissionsreduktion gewährleistet wird. Weitere gute Ansätze seien die Beschleunigung des Zubaus der erneuerbaren Energien, die Einrichtung einer Kohleausstiegskommission und der Fokus auf Problemsektoren wie Verkehr und Bau, auf deren Emissionssenkung die Politik nun besonders hinarbeiten will. Doch dies reicht aus Sicht von Germanwatch nicht, um die notwendigen Ziele tatsächlich zu erreichen. Bals: „Ohne die Einführung von CO₂-Mindestpreisen in allen Sektoren als Teil einer Steuer- und Abgabenreform werden die Klimaziele im Verkehrs- und Gebäudebereich weiter krachend verfehlt werden.“ Zentral sei auch, dass bereits der nun zu verhandelnde Koalitionsvertrag ein Schlussdatum für die Kohleverstromung in den frühen 2030er-Jahren setzen und den deutlich beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien absichern müsse.

Kontakt für Medien:

Stefan Küper

Pressesprecher Germanwatch

(Kontakt s.u., erreichbar per Handy)

–

Stefan Küper

Pressesprecher

Germanwatch e.V.

Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Weltklimakonferenz COP23 – Vorwärtsgang beim Pariser Abkommen, Blockade bei Schäden und Verlusten infolge des Klimawandels

geschrieben von Andreas | 22. Februar 2021
[PRESSE-INFO]

Bonn/Berlin, 17. November 2017. Mit gemischten Ergebnissen wird heute die UN-Weltklimakonferenz COP23 in Bonn enden. Kurz vor Schluss kommentiert Oxfam-Klimaexperte Jan Kowalzig die sich abzeichnenden, zentralen Ergebnisse:

Talanoa-Dialog und Verpflichtungen der Industrieländer bis 2020

Eine der guten Nachrichten von der Konferenz dürfte die breite Unterstützung für den „Talanoa-Dialog“ im nächsten Jahr werden. Nach einem Vorschlag von Fidschi soll dazu in einer technischen Phase zunächst Bilanz zur derzeitigen Klimaschutzwirkung des Pariser Abkommens gezogen werden, um

dann in einer politischen Phase über eine Steigerung beim Klimaschutz zu beraten – denn die derzeitigen Anstrengungen aller Länder reichen bei weitem nicht aus, um das Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C bzw. auf maximal 1,5°C zu begrenzen.

Jan Kowalzig, Klima-Experte bei Oxfam Deutschland, dazu: „Konkreten Klimaschutz hat die Konferenz zwar nicht erbracht, aber immerhin den Plan, nächstes Jahr die Klimaschutzwirkung des Pariser Abkommens zu überprüfen. Ob sich die Industrie- und Schwellenländer zum Abschluss des Talanoa-Dialogs Ende 2018 aber auch wirklich mehr Klimaschutz verschreiben werden, ist noch sehr fraglich. Die wichtigste Aufgabe des Talanoa-Dialogs wird daher sein, allerorten den politischen Willen für mehr Klimaschutz deutlich zu erhöhen. Dann könnte 2018 ein Wendepunkt werden.“

Als positiv bewertet Oxfam in diesem Zusammenhang eine weitere sich abzeichnende Einigung in Bonn, dass auf den beiden kommenden Weltklimakonferenzen die Anstrengungen bis 2020 gesondert im Fokus stehen und dazu vor allem die Industrieländer jeweils Rechenschaft ablegen werden müssen, wie weit sie bei der Erfüllung ihrer Klimaschutzziele und ihrer Finanzversprechen bisher gekommen sind, insbesondere hinsichtlich der Zusage, die Klima-Hilfen für die armen Länder bis 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr anzuheben.

Jan Kowalzig: „Die reichen Länder sind historisch gesehen die Hauptverursacher des Klimawandels – da ist es nur richtig, deren Engagement im Klimaschutz gesondert zu bilanzieren. Das wird letztlich ergeben, dass sich die reichen Länder weitgehend vor ihrer Verantwortung drücken, sowohl hinsichtlich ihrer schwachen Klimaschutzziele als auch beim eher mäßigen Fortschritt bei der finanziellen Unterstützung der ärmeren Länder.“

Verluste und Schäden infolge des Klimawandels

Ein enttäuschendes Resultat wird die COP23 im Umgang mit den unvermeidlichen Schäden und Verluste infolge des Klimawandels erzielen. Zwar wurde der Arbeitsplan des Warsaw Mechanism on Loss and Damage (WIM) verabschiedet. Der WIM ist aber derzeit noch wenig mehr als eine Arbeitsgruppe, die keine konkrete Unterstützung für die ärmsten und besonders verwundbaren Länder bei der Bewältigung von Verlusten und Schäden infolge des Klimawandels leistet. Diese Länder hatten vergeblich gefordert, auf kommenden Konferenzen insbesondere auch über die finanziellen Aspekte im Umgang mit solchen Verlusten und Schäden zu verhandeln.

Jan Kowalzig kommentiert: „Die wachsenden Schäden und Zerstörungen infolge von Dürren, Stürmen und anderen Unwetterextremen bringen gerade die kleinen Inselstaaten zunehmend in existenzielle Nöte – auch finanzieller Art. Hier haben die Industrieländer zwei Wochen gemauert und nun erfolgreich verhindert, den Finanzierungsfragen im Umgang mit Verlusten und Schäden infolge des Klimawandels auf kommenden Konferenzen den nötigen Raum zu geben. Das ist ein übles Manöver gegenüber den ärmsten und vom Klimawandel extrem bedrohten Ländern.“

Regelwerk des Pariser Abkommens

Durchwachsen ist das Ergebnis der Klimakonferenz bei der Ausarbeitung des Regelwerks zur Umsetzung des Pariser Abkommens. Größere Konflikte gab es zwar nicht, allerdings sind die nun in die nächsten Verhandlungsrunden weitergeschobenen Textentwürfe für die einzelnen Kapitel des Regelwerks sehr umfangreich geworden, was die kommenden Verhandlungsrunden im nächsten Jahr schwierig machen wird.

„Es darf nicht dazu kommen, dass die kommenden Verhandlungsrunden im nächsten Jahr über die Komplexität der aufgeblähten Texte stolpern oder nicht bis zur Weltklimakonferenz in Kattowice fertig würden. Solch eine Situation muss verhindert werden, denn direkt nach der

nächsten Konferenz werden die Länder mit der Vorbereitung ihrer neuen Klimaschutz-Selbstverpflichtungen beginnen. Dafür müssen sie die künftigen Regeln des Abkommens kennen“, fügt Jan Kowalzig hinzu.

Anpassungsfonds und Klimarisikoversicherungen

Kurz vor Ende der Verhandlungen konnten sich die Delegationen noch nicht auf einen Beschluss einigen, der den Weg dafür ebnet, dass der Anpassungsfonds künftig auch unter dem Pariser Abkommen gelten soll. Dieser multilaterale Fonds unterstützt seit Jahren erfolgreich Projekte zur Anpassung an die klimatischen Veränderungen in den ärmeren Ländern. Da der Fonds bisher unter dem Kyoto-Protokoll verankert war, war seine Zukunft zunächst ungeklärt geblieben.

Am Rande der Verhandlungen gaben Deutschland als Gastgeber der COP23 und Fidschi, das den Vorsitz der Konferenz innehatte, den Startschuss für die InsuResilience Global Partnership, die den Auf- und Ausbau von Instrumenten zur Risikofinanzierung in den ärmeren Ländern fördern soll, insbesondere durch den Einsatz von Versicherungsansätzen. Die Bundesregierung hatte hier 110 Mio. Euro an (weitgehend) neuen Geldern zugesagt.

Jan Kowalzig kommentiert die neue Partnerschaft: „Bei aller Begeisterung für das noch recht neue Instrument der Klimarisikoversicherungen, darf man nicht aus den Augen verlieren, dass die ärmsten Menschen, wie etwa Kleinbauern in Afrika oder Fischer in den Inselstaaten sich solche Versicherungen in der Regel nicht leisten können. Ohnehin haben sie zum Klimawandel nichts beigetragen. Den ärmsten Menschen nun als Gegenmaßnahme Versicherungen verkaufen zu wollen, damit sie sich gegen den vor allem von den reichen Ländern verursachten Klimawandel zu wappnen, widerspricht allen Prinzipien der Gerechtigkeit. Versicherungen gegen Ernteaufschläge wegen des Klimawandels mögen zwar grundsätzlich funktionieren, die Prämienzahlungen müssten aber vor allem von den Verursachern des Klimawandels bezahlt werden.“

Power Past Coal Alliance

Ebenfalls am Rande der Verhandlungen verkündeten Großbritannien und Kanada ihre Power Past Coal Alliance, ein Bündnis von derzeit 25 Länder und Bundesstaaten, die aus der Kohle aussteigen wollen. Weitere Länder sind zum Beitritt aufgerufen, bis zur nächsten Klimakonferenz COP24 sollen es 50 werden.

Jan Kowalzig: „Ausgerechnet Deutschland, Gastgeber der Weltklimakonferenz und selbsternannter Vorreiter im Klimaschutz, wird die Einladung zum Beitritt zu der Allianz wohl fürs erste ausschlagen – zumindest solange die Unterstützung für das Pariser Klimaschutzabkommen bei CDU, CSU und FDP vor allem aus schöner Rhetorik anstelle wirksamer Klimapolitik besteht.“

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: 0177-7375288, E-Mail: nlink@oxfam.de

Jan Kowalzig, Tel. 0178-4538050, E-Mail: jkowalzig@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.250 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

KLIMASCHUTZ-INDEX 2018 – Klares Bekenntnis zu Pariser Klimazielen – Umsetzung bislang mangelhaft

geschrieben von Andreas | 22. Februar 2021

Pressemitteilung Germanwatch, NewClimate Institute und Climate Action Network (CAN)

- **Die globale Energiewende nimmt Fahrt auf – doch kein Land ist schnell genug**
- **Die Staaten müssen ihre Ziele verbessern und bei der Umsetzung zulegen**
- **Schweden, Litauen, Marokko und Norwegen vorne, die USA im freien Fall**
- **Deutschland nur auf Rang 22 – CO₂ Emissionen sinken nicht**

Bonn (15. November 2017). Nach einer Phase des starken Wachstums der weltweiten Treibhausgasemissionen bis vor wenigen Jahren zeichnet sich nun ein stark verlangsamter Wachstumstrend ab. Die Energiesysteme scheinen weltweit weniger CO₂-lastig zu werden. Der heute bei der Weltklimakonferenz in Bonn vorgestellte Klimaschutz-Index (KSI) 2018 zeigt weltweit positive Entwicklungen bei Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und in manchen Ländern auch bei den Emissionen. Allerdings wird klar sichtbar, dass die Ziele der Länder und die Umsetzung derselben insgesamt noch zu schwach sind um den Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Jan Burck von Germanwatch, Co-Autor des KSI, dazu: „Wir sehen eine starke Zustimmung zu den allgemeinen Zielen des Paris-Abkommens auf internationaler Ebene. Die Staaten müssen nun schnell Maßnahmen ergreifen und ihren Versprechungen auch Taten folgen lassen. In einigen Sektoren, zum Beispiel Verkehr und Energie, passiert häufig

noch viel zu wenig.“

Zu Deutschland ergänzt Burck: „Gerade in Deutschland gab es in den vergangenen Jahren insbesondere in den Bereichen Verkehr und bei der Kohleverstromung viel zu wenig Fortschritt. Deshalb landet Deutschland auch nur auf einem enttäuschenden 22. Rang.“

Positive Trends sind weltweit bei den Erneuerbaren Energien zu beobachten. „Die Daten zeigen ermutigendes Wachstum und deutlich niedrigere Preise bei Wind- und Sonnenenergie“, so Prof. Niklas Höhne vom NewClimate Institute, Co-Autor des KSI. „Dies erklärt die Stabilisierung der Emissionsentwicklung in den letzten Jahren. Allerdings ist dieser Trend noch viel zu langsam, um innerhalb weniger Jahrzehnte die globale Energieversorgung auf Erneuerbare Energien umzustellen. Insbesondere der weltweite Anstieg bei Erdgas und Erdöl konterkariert die Reduzierung beim Kohleverbrauch“, ergänzt Höhne.

KSI 2018: Hauptergebnisse

Die ersten drei Plätze bleiben frei. Kein Land unternimmt bislang genug um die Temperatur global deutlich unter zwei Grad zu halten.

„Insgesamt ist der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei den mittel- und langfristigen Klimaschutzzielen der untersuchten Länder immer noch zu groß. Bei den Treibhausgasemissionen sehen wir beispielsweise relativ starke Ziele in Indien oder Norwegen, bezüglich Erneuerbare Energien sind die Ziele in Schweden, Norwegen und Neuseeland besser als in anderen Ländern. In Bezug auf den Energieverbrauch zeigt jedoch kein Land ein besonders gutes 2030-Ziel. Saudi-Arabien und die USA sind Staaten, die ihre Ziele in allen Bereichen drastisch anheben müssen, um auch nur in die Nähe ihrer Paris-Versprechen zu kommen“, erklärt Höhne.

Die erneut mäßige Platzierung Deutschlands im Mittelfeld (22.) hätte mit Blick auf die internationale Klimapolitik der

Bundesregierung deutlich besser ausfallen können. „Deutschlands mittel- und langfristigen Ziele – verankert im Klimaschutzplan 2050 – sind vergleichsweise stark“, kommentiert Jan Burck. „Die CO₂-Emissionen in Deutschland zeigen aber bislang ein anderes Bild und wurden seit 2009 nicht mehr gesenkt. Die noch amtierende Bundesregierung hat es verpasst, ernsthafte Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaziele zu ergreifen. Es unumgänglich, dass im kommenden Koalitionsvertrag die notwendigen Maßnahmen für schnell wirksamen Klimaschutz durch einen Kohleausstiegsplan und eine echte Verkehrswende verankert werden. Nur dann schafft es Deutschland vom Ankündigungs- und Braunkohle-Weltmeister zum echten Klimaschutz-Champion.“

Mit relativ guten Entwicklungen im Ausbau Erneuerbarer Energien und bei Pro-Kopf-Emissionen landet Schweden auf Platz vier im diesjährigen Ranking hinter den frei gebliebenen Top 3. In Kombination mit einem vergleichbar niedrigen Emissionsniveau sorgt eine starke Entwicklung Erneuerbarer auch bei Litauen für eine gute Positionierung (Rang fünf). Marokko (Platz sechs) profitiert neben seinem Ausbau Erneuerbarer Energien vor allem von guten Politik-Bewertungen seiner nationalen Klima- und Energieexperten und wird gefolgt von Norwegen auf Platz sieben. Mit noch immer vergleichsweise niedrigen Werten bei Emissionen und Primärenergienutzung (jeweils pro Kopf) liegt Indien auf Rang 14. China dagegen belegt mit relativ hohem Emissionsniveau und wachsendem Primärenergieverbrauch nur Platz 41 im Index. Eine bessere Positionierung in den nächsten Jahren ist jedoch zu erwarten, da chinesische Experten ihr Land für die Implementierung wichtiger Maßnahmen zur Abschaltung von Kohlekraftwerks-Kapazitäten sowie die Förderung Erneuerbarer Energien und Elektromobilität loben.

Wegen ihrer Ankündigung aus dem Pariser Klimaabkommen auszutreten und der Abkehr von einigen zentralen Klimagesetzgebungen der Vorgängerregierung landen die USA

unter den am schlechtesten abschneidenden Ländern im Index (56.). Neben einer sehr schlechten Bewertung im Bereich der Klimapolitik sind das momentane Emissionsniveau und der Primärenergieverbrauch entschieden zu hoch für einen deutlich unter 2°C liegenden Pfad. Die letzten drei Plätze gehen an Korea (Rang 58), den Iran (Rang 59) und Saudi-Arabien (Rang 60), die alle keine Fortschritte bei der Reduktion von Treibhausgasemissionen und ihrem Primärenergieverbrauch verzeichnen können.

Zum Klimaschutz-Index von Germanwatch und NewClimate Institute:

Der Index knüpft an den globalen Klimaschutz-Index von Germanwatch an, ein seit 2006 jährlich erstelltes Ranking der knapp 60 größten Emittenten weltweit. Zudem wurde die Methodik angepasst. Zwar betrachtet der Index wie bisher vier Bereiche: Emissionen (40%), Energieverbrauch (20%), Erneuerbare Energien (20%) und Klimapolitik (20%, bewertet von Experten/innen aus dem jeweiligen Land). Aber dank der neuen Methodik wird nun auch die Frage beantwortet, inwieweit das jeweilige Land in den Bereichen Emissionen, Erneuerbare Energien und Energieverbrauch adäquat handelt, um die Pariser Klimaziele erreichen zu können.

Alle Ergebnisse und Länder-Scorecards unter:
<https://www.climate-change-performance-index.org/>

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72

E-Mail: kueper@germanwatch.org

www.germanwatch.org